

# INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung  
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-  
GmbH, Frankfurt/Main

22. DEZ. 1978

Nr. 4/1978 – Dezember

## 1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Lage in der kapitalistischen Weltwirtschaft hat sich in den vergangenen Monaten nur wenig verändert. In den USA verlangsamt sich das bisher vergleichsweise hohe Wachstumstempo, verschiedentlich wird sogar schon für 1979 eine Rezession befürchtet. Dagegen beschleunigt sich in den meisten westeuropäischen Ländern und in Japan das Wachstum etwas. Diese Tendenz wird allerdings ständig durch Rückschläge und Unterbrechungen gestört, in kleineren Ländern wie z. B. der Schweiz sind sogar eindeutig Verschlechterungserscheinungen sichtbar.

In der Bundesrepublik hat sich entsprechend dieser Gesamtrendenz eine gewisse Belebung des Wachstums ergeben. Dies betrifft allerdings nur einige Bereiche der Gesamtwirtschaft wie das Baugewerbe und die Datenverarbeitung, während andere Branchen wie das Textil- und Bekleidungs-gewerbe und der Schiffbau noch tief in der Krise stecken.

Die Belebungstendenzen sind jedenfalls nicht so deutlich, daß von einer konjunkturellen Wende gesprochen werden könnte. Die konjunkturelle Gesamtlage seit Mitte 1976, die durch eine zögernde, von Stagnationsperioden und Rückschlägen unterbrochene Aufwärtsentwicklung gekennzeichnet wird, bleibt im Kern unverändert.

Die leichte Belebung der Produktion geht vor allem auf eine gewisse Ausweitung der öffentlichen Baunachfrage und eine stabile Entwicklung des privaten Verbrauchs zurück. Trotz der im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Tarifabschlüsse haben die steuerlichen Entlastungen und vor allem die unerwartet günstige Entwicklung der Verbraucherpreise zu einem etwas rascheren Anstieg der Reallöhne geführt. Hierin schlägt sich vor allem der Kurssturz des Dollar nieder, der zu einer kräftigen Verbilligung der Importe, insbesondere der Rohstoffe, geführt hat.

Hier sei allerdings angemerkt, daß sich die Reallöhne zwar etwas günstiger entwickelt haben als im Vorjahr, jedoch noch immer langsamer liegen als die Arbeitsproduktivität. Die

vom WSI aufgrund von vorläufigen Daten über die Lohnentwicklung berechnete Steigerungsrate der Realeinkommen von 4,3 Prozent war – wie die inzwischen vorliegenden Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen – weit überhöht.

Immerhin zeigt schon die schwache Belebung der Produktion zur Jahresmitte, daß eine größere öffentliche Nachfrage und wachsende Reallöhne konjunkturpolitisch wirksamer sind als Ausgabenkürzungen und Lohnsenkungen.

Die Belebung der Nachfrage war jedoch nicht kräftig genug, um den Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten zu verbessern. Zwar steigen die Investitionen nach einer langen Periode des Rückgangs wieder etwas an, Schwerpunkt bleibt aber die Ersatz- und Rationalisierungstätigkeit.

Die Ausfuhren der Bundesrepublik entwickeln sich trotz der von Unternehmerseite laut beklagten Aufwertungen der DM günstig, wenn sie auch nicht mehr die Rolle der „Konjunkturlokomotive“ spielen. Unterm Strich jedenfalls haben die internationalen Wechselkursverschiebungen den Konzernen der Bundesrepublik mehr genützt als geschadet. Das internationale Austauschverhältnis der Bundesrepublik, die Relation zwischen Import- und Exportpreisen, verbessert sich, der Kapitalexport wird erleichtert, die Überschüsse in der Handelsbilanz wachsen.

Alle diese Faktoren – verbesserte internationale Austauschverhältnisse, eher sinkende Lohnkosten, staatliche Steuererleichterungen – führen die Unternehmer im Zusammenhang mit der etwas ansteigenden Produktion in eine neue Gewinnexplosion hinein, die kaum schwächer sein dürfte als 1976. Konnten die Unternehmer schon im ersten Halbjahr ihre Verteilungsposition leicht verbessern, so wird im 2. Halbjahr schon mit einem Anstieg der Nettogewinne um 13 Prozent gerechnet. In der ersten Jahreshälfte von 1979 wird sogar auf eine Zunahme um 18 Prozent gehofft. Die bevorstehenden Lohnrunden laufen also in einer Periode rasch expandierender Gewinne ab. Dies eröffnet Spielräume für kräftige Lohnerhöhungen, die

gleichzeitig auch konjunkturell stabilisierend wirken würden.

Praktisch unberührt von der leichten Belebung der Produktion ist die Beschäftigungssituation geblieben. Während die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen weiter sinkt, hat sich die Zahl der Lohnabhängigen etwas erhöht. Die Erwerbstätigenzahl insgesamt stagniert. Obwohl die offiziellen Arbeitslosenzahlen etwas unter dem Vorjahresstand liegen, hat sich die Arbeitsmarktlage tatsächlich nicht verbessert. Denn mit zunehmender Dauerarbeitslosigkeit verschwinden immer mehr Arbeitslose aus der offiziellen Statistik und tauchen nur noch in gelegentlichen Schätzungen der „stillen Reserve“, d. h. der verdeckten Arbeitslosigkeit, auf.

### INHALT:

#### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Zum Fall des Dollar
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Stahlkrise
- 1.5 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.6 Investitionen
- 1.7 Außenhandel

#### 2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

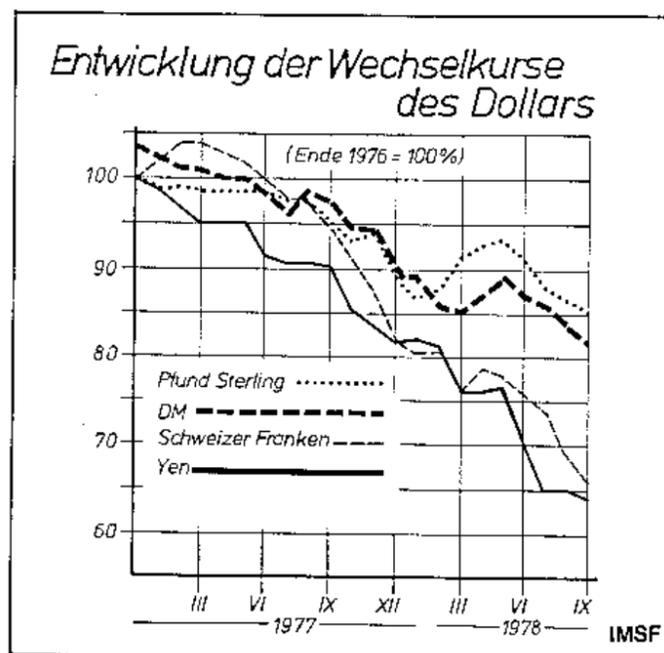
- 2.1 Unternehmerrgewinne
- 2.2 Gewinne der Banken
- 2.3 Konzentration
- 2.4 Vermögensverteilung

#### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.4 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

### 1.1 Zum Fall des Dollar

In der zweiten Jahreshälfte 1978 ist der Wechselkurs des US-Dollars gegenüber den als stark betrachteten Währungen (Schweizer Franken, DM und Yen) und dem Pfund Sterling, das auf keinen Fall als solche angesehen werden kann, erneut gefallen. Der Dollarverfall nahm im Oktober bedenklliche Ausmaße an, aber die Anfang November von Präsident Carter angekündigten Wirtschaftsmaßnahmen machten die extremen Verluste des Monats Oktober wett, so daß der Dollar-Wechselkurs gegenüber den oben erwähnten Währungen Mitte November das Niveau von Ende September wieder erreichte. Wie aus der Abbildung hervorgeht, fing die Dollarschwäche im Frühjahr 1977 an und setzte sich mit kleinen Unterbrechungen bis März dieses Jahres fort. Danach zeigte der Dollar eine gewisse Erholung, die voreilige Kommentatoren veranlaßte, die schwierige Lage der US-Währung als überwunden anzusehen, aber die Erholung dauerte knapp zwei Monate. Von Ende Mai an mußte der Dollar wieder starke Einbußen hinnehmen, so daß er zwischen Ende 1976 und Ende September 1978 gegenüber dem Schweizer Franken und dem Yen um je 35 Prozent, gegenüber der DM um 20 und gegenüber dem Pfund Sterling um 15 Prozent abgewertet wurde.



Die bürgerlichen Apologeten, für die das kapitalistische System die ökonomische Rationalität schlechthin ist, versuchten die Währungs-krise damit zu erklären, daß die Dollarschwäche auf bestimmte außenwirtschaftliche Faktoren zurückzuführen sei. Der Druck auf den Dollar sei grundsätzlich eine Folge der starken Verschlechterung der US-Leistungsbilanz, die ihrerseits von der enormen Erhöhung des Außenhandelsdefizits abhängt. Diese sei wiederum strukturellen (massive Erdöleinfuhr, erneuter Zuwachs des Passivsaldo im Warenaustausch der USA mit Japan) und konjunkturellen Faktoren (hohe Wachstumsraten in den USA im Vergleich zu Stagnationserscheinungen in den anderen kapitalistischen Ländern) sowie Veränderungen im Kosten- und Preisgefälle zuungunsten der USA zuzuschreiben.

Zwar verschlechterte sich 1977 und im ersten Halbjahr 1978 nur die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten, während sich in den anderen großen kapitalistischen Ländern entweder die Überschussposition verbesserte (Japan, Bundesrepublik, Kanada) oder die Defizitposition zurückbildete (Frankreich, Großbritannien, Italien). Aber es trifft nicht zu, daß der extrem hohe Anstieg des US-Handelsbilanzdefizits, das sich zwischen 1976 und 1977 verdreifachte, auf die starke Erdöleinfuhr zurückzuführen ist, die von einem höheren Energieverbrauch in den USA im Vergleich zu den anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern abhängt. Da nicht anzunehmen ist, daß in den USA die Energieverbrauchselastizität kurzfristig sprunghaft gestiegen ist, hätten sich die Wachstumsverlangsamung und das stärkere Binnenangebot von Erdöl in 1977 in einer Verminderung der Rohölimporte niederschlagen müssen. Da aber diese Importe kräftig zugenommen haben, beweist das, daß die USA auf eine Aufstockung ihrer Erdölvorräte zielen. Außerdem wurden die erhöhten Erdölimporte zum Teil durch stärkere

Ausfuhren in die OPEC-Länder ausgeglichen: insgesamt verschlechterte sich der US-Warenaustausch mit den OPEC-Ländern weniger als der mit den anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern.

Es wird auch gesagt, daß die Verschlechterung der US-Handelsbilanz der im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern schnelleren Dynamik der US-Wirtschaft zuzuschreiben sei. In dem Sinne, daß sich die hohe Gesamtnachfrage in den USA in einem starken Zugriff auf das Auslandsangebot niedergeschlagen hat. Dieses Argument hätte eine gewisse Berechtigung, wenn die US-Industriekapazitäten fast voll ausgelastet wären, und nicht, wie es tatsächlich der Fall ist, nur zu 80 Prozent – ein klares Zeichen, daß es sich nicht um einen Nachfrageüberhang handelt, der nur durch erhöhte Importe befriedigt werden könnte. Was in Wirklichkeit vor sich geht, ist ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der USA, der nicht einfach eine Preisfrage ist; im Gegenteil, gegenüber den beiden stärksten Konkurrenten auf dem Weltmarkt (Bundesrepublik und Japan) ist die Ausfuhrverteuerung in den USA milder ausgefallen: Zwischen 1970 und 1977 sind die Exportpreise in Dollar um 115 Prozent in der Bundesrepublik und in Japan gegenüber 92 Prozent in den USA gestiegen.

Zu den verbreitetsten Argumenten zur Erklärung des Dollarverfalls gehört die These, die auf das Kosten- und Preisgefälle zwischen den USA und ihren Konkurrenten hinweist: Aufgrund der angeblich schnelleren Erhöhung der Lohnstückkosten und Preise in den USA würde sich der Dollar, über das Handelsbilanzdefizit und über eine Inflationsangst, zwangsweise abwerten, wodurch das Kosten- und Preisgefälle wettgemacht würde.

#### Lohnstückkosten- und Verbraucherpreisgefälle gegenüber den USA und Entwicklung der Wechselkurse (Veränderungen in Prozent)

	1976		1977		Auf-(+) und Abwertung(-) gegenüber Dollar in 1977
	Kosten	Preise	Kosten	Preise	
Japan	0,9	3,3	- 3,0	1,6	+22,0
Bundesrepublik	- 3,4	- 1,2	- 1,5	- 2,4	+12,3
Frankreich	4,2	3,6	1,5	2,8	+ 5,6
Großbritannien	6,1	10,1	3,6	8,9	+12,0
Italien	10,6	10,4	12,2	12,0	+ 0,3
Kanada	4,3	1,6	- 0,9	1,4	- 7,8

(Quelle: Statistiken der einzelnen Länder und der OECD.)

Die Tabelle zeigt, daß sich 1976–1977 nur im Vergleich zur BRD das Lohnstückkosten- und Verbraucherpreisgefälle zuungunsten der USA entwickelt hat, aber die DM-Aufwertung war viel größer als dieses Gefälle. Der Vergleich mit Großbritannien ist noch abwegiger: In diesem Fall ist der Unterschied ganz deutlich zugunsten der USA ausgefallen, aber das Pfund Sterling hat sich um 12 Prozent aufgewertet. Wenn die Bewegungen der Wechselkurse wesentlich auf die Handelsbilanz- und Leistungsbilanzungleichgewichte und auf das Kosten- und Preisgefälle zurückzuführen wären, so wäre es unerklärlich, wie es zu den gegenwärtigen Kursrelationen zwischen der DM einerseits und dem Schweizer Franken und Yen andererseits gekommen ist. Von Anfang dieses Jahres bis Mitte November hat sich die DM gegenüber dem Schweizer Franken und dem Yen um 10 bzw. 12 Prozent abgewertet, obwohl in der Außenhandelsposition keine Veränderung eingetreten ist und die Preisentwicklung in der BRD etwa dieselbe Zuwachsrate wie in der Schweiz aufwies und viel günstiger als in Japan verlief.

Angesichts der Währungshektik erscheinen die ökonomischen Modelle, die tonnenweise produziert wurden, um den sogenannten Gleichgewichtswchselkurs zu bestimmen, wie eine Spielerei: Unter Gleichgewichtswchselkurs ist der Wechselkurs zu verstehen, der für einen bestimmten Zeitraum (1 Jahr oder 2–3 Jahre oder auch 5 Jahre) die Zahlungsbilanz in ihren verschiedenen Komponenten (Handelsbilanz, Leistungsbilanz, Grundbilanz) ins Gleichgewicht bringen soll. Nach den wahnwitzigen Vorstellungen des US-Ökonomen Milton Friedman wirken die Währungsspekulanten, die den Gleichgewichtswchselkurs kennen, in einem System flexibler Wechselkurse stabilisierend. Man fragt sich, welche obskuren Kräfte die Spekulation heute daran hindern, ihre stabilisierende Funktion auszuüben!

Nach Prof. Neumann von der Freien Universität Berlin wird die Stabilisierung nur vom Staat verhindert, der das „freie Spiel des Marktes“ verdirbt. Vielleicht hat Prof. Neumann vergessen, daß es die „freien

Marktkräfte“ waren, die die große Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre produzierten.

Neuerdings hat ein Teil der bürgerlichen Ökonomen die These von den Gleichgewichtswchselkursen fallengelassen: Diese Experten vertreten die Meinung, daß kurzfristig der Wechselkurs zwischen zwei Währungen die Geldmengenentwicklung in den jeweiligen Ländern widerspiegelt. Eine empirische Untersuchung für USA, BRD, Japan und die Schweiz zeigt aber, daß der Dollarverfall und die Aufwertung der anderen Währungen mit der Entwicklung der Geldmenge in den jeweiligen Ländern nicht das geringste zu tun hat.

Da die Argumente der bürgerlichen Wirtschaftsrationalität versagt haben, haben die Kommentatoren der Dollarszenarie psychologische Schranken erfunden, die den Dollarverfall hätten stoppen sollen. Im Juli 1977 verkündeten die Finanzzeitungen der BRD, daß der Dollar nicht unter die „magische Linie“ von 2,20 DM absinken würde; im Dezember wurde die „psychologische Schranke“ auf 2,10 und im Februar 1978 auf 2,00 DM herabgesetzt, aber der Dollar durchbrach widerstandslos alle Schranken und notierte Mitte November 1,90 DM. In bezug auf die Kursrelation Dollar/Yen wurde ähnlich argumentiert: Ende März dieses Jahres erklärte die japanische Regierung, daß sie die Kursrelation 220 Yen/Dollar als „absolute Verteidigungslinie“ ansehe, aber wenige Tage später wurde sie auf 210 und danach auf 200 gebracht; am 25. Juli „brach der Dollar die Widerstandslinie von 200 Yen“ und verfiel mutig bis auf 190 Yen Mitte November. Was die bürgerlichen Experten nicht hinnehmen wollen, ist die tiefe Instabilität der Währungsmärkte in einem Wirtschaftssystem wie dem kapitalistischen, das auch in seiner staatsmonopolistischen Phase unüberschaubar und unkontrollierbar bleibt. In einer Zeit wirtschaftlicher Stagnation und dürftiger Investitionsmöglichkeiten in realen Gütern nimmt die Kapitalanlage in Finanzgeschäften zu: Warum sollte man nicht auf den Währungsmärkten intervenieren, wenn in einem System flexibler Wechselkurse kurzfristig massive Profite zu erzielen sind, indem man auf die Währungsrelationen spekuliert?

Die Unstabilität des Währungssystems ist so wesentlich Ausdruck einer Situation, in der das vorhandene Kapital keine ausreichenden Anlagemöglichkeiten in der materiellen Produktion findet. Dort lassen erhebliche Überkapazitäten des Produktionsapparates zusätzliche Investitionen als wenig rentabel erscheinen. Das überschüssige Kapital sucht nun auf den Geld- und Kapitalmärkten neue Verwertungsmöglichkeiten. Dabei bietet sich die Devisenspekulation gerade für die internationalen Konzerne als Betätigungsfeld an. Es ist klar, daß die Devisenmärkte dadurch entstabilisiert werden.

Die Richtung der Spekulation – gegen den Dollar – spiegelt dabei sicher die Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse im imperialistischen Lager zuungunsten der USA wider. Die konkreten Wechselkursveränderungen aber lassen sich nicht mehr aus dem Außenhandels- und Kostengefüge der Länder erklären.

### 1.2 Sozialprodukt

Im ersten Halbjahr 1978 hat sich das Bruttosozialprodukt der BRD nach den vorliegenden vorläufigen Zahlen etwa im Tempo des Vorjahres entwickelt. Das Statistische Bundesamt wendet – wie bereits mitgeteilt – eine veränderte Berechnungsmethode an, so daß auch die Vorjahresergebnisse nochmals Korrekturen unterlagen. Die nachträglichen Veränderungen sind teilweise bedeutend: So ging das Bruttosozialprodukt (BSP) 1975 preisbereinigt nach den alten Zahlen um 2,5 Prozent zurück, nach den neuen Daten nur noch um 2 Prozent. Die Differenz beläuft sich immerhin auf 3 bis 4 Milliarden DM.

Die langsame Expansion war im ersten Halbjahr 1978 vor allem durch den privaten Verbrauch getragen. Auch die Investitionstätigkeit belebte sich leicht, während die öffentliche Nachfrage zunächst noch unter dem Einfluß der restriktiven Haushaltspolitik von 1976/77 stand. Die Ankurbelungsmaßnahmen von 1978 schlugen sich noch nicht nieder.

Im zweiten Halbjahr 1978 scheint sich das Wachstumstempo etwas belebt zu haben. Das „Gemeinschaftsgutachten“ der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute rechnet mit einer Zunahme um etwa 3,5 Prozent, so daß für das ganze Jahr 1978 doch noch ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 3 Prozent zustande kommen würde.

### Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik

	Mrd. DM <sup>1</sup>	In % gegenüber dem Vorjahr nominal	real
1974	986,9	+ 7,3	+ 0,4
1975	1032,9	+ 4,7	- 2,0
1976	1127,9	+ 9,2	+ 5,7
1977	1198,7	+ 6,3	+ 2,6
1978 <sup>2</sup>	605,9	+ 6,7	+ 2,8

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen  
<sup>2</sup> 1. Halbjahr  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/1978, S. 541)

Die Belebung wird zu einem Teil durch vermehrte öffentliche Aufträge getragen. Auch von den Investitionen, vor allem der Bautätigkeit, werden belebende Wirkungen erwartet.

Wie wenig Zutrauen aber die Institute zur Stabilität dieser – gemessen an den Wachstumsraten der sechziger Jahre – schwachen Aufwärtsentwicklung haben, zeigt die Tatsache, daß schon für das zweite Halbjahr 1979 wieder mit einer Abschwächung gerechnet wird.

Erwähnenswert ist dabei, daß die Zunahme der Produktion auf der Entstehungsseite des BSP besonders bei der Landwirtschaft stark war. So erhöhte sich die Produktion des warenproduzierenden Gewerbes nur um 1,5 Prozent, während die Landwirtschaft ihre Produktion immerhin um real 6,2 Prozent ausdehnte. Die verarbeitende Industrie (ohne Bergbau, Energie und Bauwirtschaft) expandierte sogar nur um 1 Prozent.

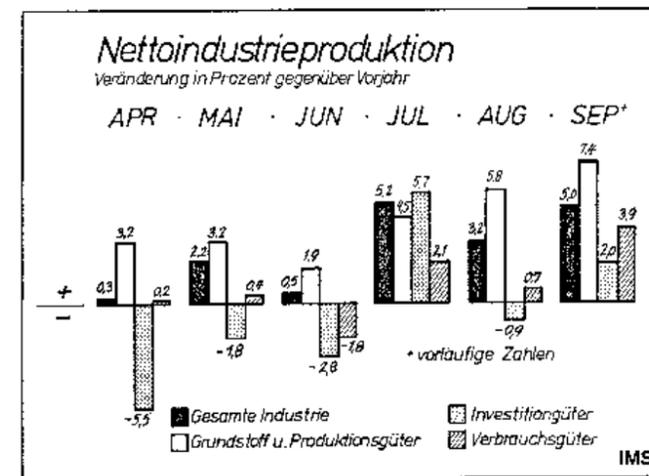
### 1.3 Produktion

Das Bruttosozialprodukt gilt in der Öffentlichkeit als wichtigster Indikator für Wohlstand und Wachstum. Dem kann nur mit sehr großen Einschränkungen gefolgt werden, da die Berechnungsmethode zweifelhaft und manchmal geradezu unsinnig ist. So wirkt sich eine Vergrößerung der Armee oder der Polizei positiv auf das Bruttosozialprodukt aus, obwohl niemand ernsthaft behaupten kann, daß dadurch der wirtschaftliche Wohlstand vergrößert wird. Es soll daher hier mehr Gewicht auf die Entwicklung der Bereiche gelegt werden, die materielle Güter produzieren. Vor allem im produzierenden Gewerbe schlagen sich Veränderungen der wirtschaftlichen Lage viel deutlicher nieder als im Sozialprodukt.

#### Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes<sup>1</sup>

	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept. <sup>2</sup>
Insgesamt	+ 0,3	+ 2,2	- 0,5	+ 5,2	+ 3,2	+ 5,0
Grundstoffe und Produktionsgüter	+ 3,2	+ 3,2	+ 1,9	+ 4,5	+ 5,8	+ 7,4
Investitionsgüter	- 5,5	- 1,8	- 2,8	+ 5,7	- 0,9	+ 2,0
Verbrauchsgüter	+ 0,2	+ 0,4	- 1,8	+ 2,1	+ 0,7	+ 3,9
Bauhauptgewerbe	+ 8,7	+ 5,9	+ 2,9	+ 9,7	+ 10,2	+ 10,0

<sup>1</sup> 1977/78 in Prozent gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/1978, S. 65\*)



Die Produktion des produzierenden Gewerbes lag in den ersten drei Quartalen um etwa 2 Prozent über dem Vorjahresstand. Dabei ist eine Belebung erst seit Juli festzustellen, die allerdings durch den Jahresvergleich überzeichnet wird. Denn im Sommer und Herbst 1977 ist die Produktion absolut zurückgegangen.

Saisonbereinigt nahm die Produktion im Juli gegenüber den Vormonaten kräftig zu, ging im August wieder leicht zurück und stieg im September wieder leicht an. Im Zweimonatszeitraum August/September lag sie um 0,5 Prozent über dem Stand von Juni/Juli. Der Zuwachs ist dabei zu einem bedeutenden Teil auf die Expansion der Bauwirtschaft zurückzuführen. Das verarbeitende Gewerbe verzeichnete demgegenüber sogar einen leichten Rückgang um 0,5 Prozent.

Zu berücksichtigen ist auch, daß der relativ starke Produktionsanstieg im Grundstoffbereich teilweise spekulativ bedingt sein dürfte: Es werden allgemein steigende Rohstoffpreise erwartet, der starke Kursverfall des Dollar hat viele Unternehmen veranlaßt, die günstige Situation zur Aufstockung ihrer Vorratslager zu nutzen. Das schlägt sich teilweise auch in den Produktionsziffern nieder.

Die Produktionsziffern bieten also keineswegs das Bild einer kräftig expandierenden Wirtschaft, obwohl Besserungstendenzen nicht zu übersehen sind. Diese Tatsache und die damit verbundenen großen Unterschiede von Branche zu Branche haben eine neue Wortschöpfung hervorgebracht: die „Wellblechkonjunktur“. Der Sachverhalt, der mit dieser verharmlosenden Wortschöpfung verbunden ist, ist allerdings nicht ganz so neu wie das Wort. Die allgemeine konjunkturelle Lage ist etwa seit Mitte 1976, seit Überwindung der unmittelbaren Folgen der zyklischen Krise, durch ständige Schwankungen der Produktion und große Branchenunterschiede bei einer insgesamt aufwärts gerichteten Tendenz gekennzeichnet. Daran ändert auch die Entwicklung der letzten Monate nichts.

#### Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen<sup>1</sup>

	April	Mai	Juni	Juli	August
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,2	+ 2,2	- 0,5	+ 5,2	+ 2,6
Eisenschaffende Industrie	+13,6	+ 3,4	+6,2	+ 1,1	+14,9
Chemische Industrie	+ 1,9	+ 5,1	+1,8	+ 6,9	+ 6,7
Maschinenbau	- 4,4	- 0,2	-6,1	+ 0,5	+ 0,8
Straßenfahrzeugbau	-11,1	- 1,0	+0,9	+11,9	- 1,2
Elektrotechnik	- 2,5	- 2,7	+0,1	+13,0	- 3,8
EDV-Geräte	+20,6	+14,5	+6,5	+15,7	+ 6,7
Textilgewerbe	+ 0,9	- 2,9	-3,2	+ 3,4	- 7,4
Bekleidungs-gewerbe	- 2,1	-13,6	-2,3	+ 1,4	-10,0
Bauhauptgewerbe	+ 6,0	+ 5,9	+2,9	+ 9,7	+10,2

<sup>1</sup> In Prozent gegenüber dem Vorjahr, die Differenzen zu anderen Tabellen ergeben sich aus Korrekturen.  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 10/1978)

Die Tabelle macht deutlich, wie uneinheitlich die Konjunktur ist. Ausgesprochen expansiv entwickelt sich die Bauwirtschaft und noch immer die Büro- und Datentechnik (EDV), die eine ausgesprochene Sonderkonjunktur hat. Eine gewisse Stabilisierung zeichnet sich in der Stahlindustrie ab, obwohl die Produktionszunahme der letzten Monate in diesem Ausmaß nicht andauern wird.

Günstig ist die Situation noch immer beim Straßenfahrzeugbau, obwohl dort in der Tendenz kaum noch eine Produktionszunahme zu verzeichnen ist.

Kaum Erholungstendenzen zeichnen sich in der chemischen Industrie und im Maschinenbau ab. Auch in der elektrotechnischen Industrie sind keine kräftigen Aufwärtimpulse spürbar. In diesen Bereichen, die für die gesamte Industrie ein großes Gewicht haben, dauert die langsame und zögernde Aufwärtsentwicklung im wesentlichen unverändert an.

In der Krise befinden sich dagegen der Schiffbau, die Textil- und Bekleidungsindustrie und die Schuhherstellung. Hier sind auch keine Anzeichen sichtbar, von denen eine Belebung ausgehen könnte.

Dabei vermittelt ein Überblick über die Branchen nur ein sehr grobes Bild. Denn auch innerhalb der Branchen gibt es große Differenzen. So gehört in der chemischen Industrie der Faserbereich zu den konjunkturalen Schwachstellen. Der Maschinenbau expandiert im Bereich Baumaschinen, während die Maschinenproduktion sonst teilweise sogar rückläufig ist.

Auch die Auftragsentwicklung gibt keinen Anlaß, mit einer Wende der Konjunktur zu rechnen. Dabei muß zudem bei der Interpretation der Daten berücksichtigt werden, daß die Auftragsstatistik große Lücken hat und wenig zuverlässig ist. Großaufträge, Doppelzählungen, Schätzungen und ähnliche Ungenauigkeiten mindern ihre Aussagekraft ganz beträchtlich.

#### Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe<sup>1</sup>

	Insgesamt		Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitions-güter		Verbrauchs-güter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
April	+ 6,4	+5,0	+ 2,2	+ 1,8	+ 8,7	+ 6,6	+7,2	+6,4
Mai	+ 1,7	+0,3	+ 0,9	+ 0,7	+ 3,8	+ 1,4	-1,9	-2,7
Juni	+11,4	+9,7	+10,2	+ 9,8	+13,0	+10,3	+9,2	+8,3
Juli	+ 7,0	+5,3	+ 8,6	+ 8,1	+ 6,0	+ 3,5	+6,6	+5,7
August <sup>2</sup>	+ 8,7	+7,0	+11,2	+10,9	+ 9,8	+ 7,0	+1,6	+0,4
Sept. <sup>2</sup>	+ 5,3		+ 4,5		+ 8,4		-0,7	

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt  
1 Veränderungen in Prozent gegenüber dem Vorjahr  
2 Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

Zwischen Inlands- und Auslandsbestellungen hat es im Verlauf der letzten Monate im großen und ganzen keine wesentlichen Verschiebungen gegeben – bei Schwankungen von Monat zu Monat.

#### Auftragseingänge nach Herkunft<sup>1</sup>

	Verarbeitendes Gewerbe insg.	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitions-güter	Verbrauchs-güter
<b>Inland</b>				
April	+ 8,6	+ 2,1	+14,6	+ 7,1
Mai	+ 2,6	- 0,8	+ 8,2	- 2,6
Juni	+11,8	+ 7,8	+16,4	+ 8,4
Juli	- 7,4	- 7,0	+ 8,9	- 5,2
August	+ 7,9	+ 9,8	+10,4	- 0,2
September	- 3,8	- 1,4	+ 8,5	- 1,5
<b>Ausland</b>				
April	+ 1,9	+ 3,0	+ 0,3	+ 7,5
Mai	+ 0,2	+ 5,7	- 2,7	+ 2,2
Juni	+11,2	-17,2	+ 8,0	+13,7
Juli	+ 6,0	+12,8	+ 1,2	+15,0
August	+11,4	+15,7	+ 9,7	+ 9,4
September	+ 9,0	+13,5	+ 7,9	+ 3,4

<sup>1</sup> Zu jeweiligen Preisen, in Prozent gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 10/1978)

Die vergleichsweise günstigen Steigerungsraten im Vorjahresvergleich kommen – ähnlich wie bei den Produktionsziffern – teilweise auch dadurch zustande, daß im Sommer/Herbst 1977 absolute Rückgänge zu verzeichnen waren.

In der saisonbereinigten Betrachtung kann von einer Auftragsbelebung erst in den letzten beiden Monaten August und September gesprochen werden. Einer kräftigen Zunahme im August folgte im September nochmals eine leichte Steigerung. Im Zweimonatsvergleich lagen die Auftragseingänge im August/September immerhin um 5,5 Prozent höher als im Juni/Juli – vorbehaltlich nachträglicher Korrekturen der Grunddaten.

Der Zuwachs war bei den Inlandsbestellungen mit 4,5 Prozent etwas niedriger als bei den Auslandsbestellungen.

Einschränkend wird aber selbst vom Bundeswirtschaftsministerium darauf verwiesen, daß die Auftragszahlen im August durch Großaufträge aus dem Ausland und im September durch Großaufträge aus dem Inland nach oben verzerrt sind. Dadurch dürfte die Auftragsbelebung überzeichnet werden. Schließlich ist daran zu erinnern, daß erst im September wieder das Auftragsniveau vom Jahresende 1977 erreicht wurde.

## 1.4 Stahlkrise

Die Stahlindustrie zählt zu den „Sorgenkindern“ der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Das verwundert nicht, wenn man sich die Zahlen ansieht. Die Produktion von Rohstahl sank von 1974 auf 1975 weltweit um 8,9 Prozent, in der EG um fast 20 Prozent, in der BRD um 24 Prozent. Die Kapazitätsauslastung liegt in der BRD zwischen 64 und 65 Prozent.

#### Produktion von Rohstahl in Mill. t

	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
BRD	44	50	53	40	42	39	42
EG	139	150	156	125	134	126	-
USA	124	140	135	109	119	116	-
Japan	97	119	117	102	107	102	-

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Außenstelle Düsseldorf, Fachserie 4, Reihe 8.1 „Eisen und Stahl“, Nr. 2/78; Süddeutsche Zeitung 13. 11. 1978.)

In den vier Krisenjahren sind in der BRD-Stahlindustrie 42 000 Arbeitsplätze, d. h. ein Achtel vernichtet worden. Für die nächsten Jahre sind weitere derartige Anstrengungen geplant. Die Krise in der kapitalistischen Stahlindustrie hat also ein ungewöhnliches Ausmaß erreicht. Seitens der Konzerne werden hierfür vor allem folgende Gründe angeführt: 1) ausländische Konkurrenten verdrängen mit Dumping-Preisen die Märkte, 2) langfristige Faktoren ließen die Stahlnachfrage weniger als erwartet steigen, 3) die Wirtschaftsentwicklung sei nicht dynamisch genug, 4) zu hohe Lohnkosten verursachten Zusatzverluste.

Das letzte Argument ist keine Erörterung wert. Die Tarifabschlüsse in der Stahlindustrie gehören seit Jahren zu den niedrigsten. Interessanter sind die langfristigen Faktoren. Verschiedene wichtige Stahlabnehmer-Branchen waren nicht nur besonders hart von der Krise betroffen, sondern lassen ein langfristig niedrigeres Produktionsniveau erwarten (Bau, Werften). Solche Prognosen sind allerdings umstritten, weil sie die Veränderbarkeit der ökonomischen Zusammenhänge ungenügend berücksichtigen. In die gleiche Richtung wirken Tendenzen, nach denen Stahl zunehmend durch andere Werkstoffe ersetzt oder der Stahlanteil an bestimmten Produkten gesenkt wird. Das trifft zu, doch haben diese Prozesse noch kein erhebliches Maß erreicht.

Selbst wenn man unterstellt, daß solche Faktoren wirksam werden, könnten sie die Stahlkrise seit 1975 nicht erklären. Der Stahlverbrauch aufgrund technologischer Veränderungen, der objektive Bedarf an Schiffen und Bauwerken sinkt nicht schlagartig. Das gleiche gilt für die Entwicklungsländer, deren eigenständige Stahlproduktion natürlich auch nicht zwischen 1974 und 1975 extrem gestiegen ist.

Im übrigen ist letzteres schon deshalb kein Argument, weil diese Entwicklung erstens vorhersehbar war, und weil zweitens der Stahlbedarf der Entwicklungsländer schneller wächst als die Eigenproduktion. Außerdem gehören verschiedene Stahlwerke in Entwicklungsländern selbst den Multi-Konzernen.

Wie bei der kapitalistischen Wirtschaftskrise insgesamt, wird man sich auch bei der Stahlkrise nicht auf die sog. „weltweiten“ Ursachen verlassen dürfen. Dafür spricht ja auch die Tatsache, daß es in den sozialistischen Ländern keine Stahlkrise gibt. Man kommt den Ursachen eher auf die Spur, wenn man nach spezifisch kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten forscht, die in diesem Zusammenhang wirksam werden.

In der Stahlindustrie wirkt seit jeher das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate überdurchschnittlich stark. Das liegt an dem sehr hohen Anteil des fixen Kapitals am Gesamtkapital, sowie daran, daß die Einführung neuer technologischer Verfahren mit enormen Sprüngen beim Kapitalvorschuß und bei den Kapazitäten verbunden ist. Investitionen werden dadurch gehemmt, was zu Konkurrenzschwierigkeiten auf dem Weltmarkt führen kann.

Es spricht einiges dafür, daß sich derartige Widersprüche in der kapitalistischen Stahlindustrie Anfang der siebziger Jahre zuspitzten, daß ihr Ausbruch jedoch durch den extremen Stahlboom 1973/74 (als Nachwehen der weltweiten Konjunkturbelebung 1972/73) hinausgezögert wurde. Dies hatte in der BRD fast ein Jahr lang eine „gespaltene Konjunktur“ bewirkt: wichtige Stahlverbraucher (Baugewerbe, Automobilindustrie) befanden sich seit Herbst 1973 in der Krise, die Industriepro-

duktion ging seit August 1974 zurück, die Stahlindustrie aber brach 1974 alle Produktionsrekorde. Um so lauter mußte der anschließende Krach werden.

Die eisenschaffende Industrie gehört zu den Branchen, bei denen sich am heftigsten die zyklischen Schwankungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses niederschlagen. Es ist daher wissenschaftlich fragwürdig, wenn seitens der Stahlkonzerne die Produktionszahlen von 1974 als Maßstab für die nachfolgende Krise herangezogen werden, denn dadurch entsteht ein verzerrtes Bild. Vergleicht man statt dessen die Produktion nach 1974 mit dem Jahresdurchschnitt 1970–1972, dann schrumpft die Stahlkrise auf das Normalmaß vorangegangener Krisen- und Abschwungsperioden.

#### Entwicklung der Rohstahlproduktion in der BRD

	insgesamt		pro Beschäftigten		pro Arbeitsstunde	
	Mill. t	% <sup>1</sup>	Tsd. t	%	kg	%
1965	37					
1966	35	- 5,4				
1970	45		988		83,3	
1971	40	-11,1	958	-3,0	82,1	- 1,4
1970/72	43		1004		87,2	
1975	40	- 7,0	950	-5,4	99,0	+12,8
1977	39	- 2,5	998	+ 5,1	104,2	+ 5,2

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: ebenda)

Das eigentlich Neue an der gegenwärtigen Stahlkrise ist ihre Dauer. Auch dies dürfte jedoch hauptsächlich durch allgemeine Konjunkturfaktoren erklärbar sein. Schließlich hat es in der BRD bis heute keinen selbst tragenden Aufschwung gegeben. Die Belebung der Jahre 1976 und 1978 erfolgte auf der Basis von weiterhin schlecht ausgelasteten Kapazitäten und bei niedrigen Investitionen. Es ist kein Wunder, wenn sich das bei der Stahlindustrie in stagnierender Produktion niederschlägt.

Die Stahlkrise ist aber nicht nur Reflex auf die allgemeine Konjunkturlage. Insbesondere gegenüber den japanischen Küsten-Stahlwerken mit Tiefseehäfen hat die westeuropäische Stahlindustrie bestimmte Standortnachteile. Verschiedene Werke sind nicht auf dem höchsten technologischen Niveau. Zu dieser Situation kommt, daß man mit langfristig verminderten Wachstumsraten der kapitalistischen Volkswirtschaften rechnen muß. Das in den westeuropäischen Stahlwerken angelegte Kapital ist deshalb zunehmend schwieriger zu verwerten.

In dieser Situation verdichten sich Tendenzen, die schon seit einigen Jahren in der Politik der Stahlmonopole zu beobachten sind, zu einer umfassenden Strategie. Hierzu gehört einerseits der verstärkte Kapitalexport, darunter auch der Aufbau von Stahlwerken in der „Dritten Welt“. Im Jahresdurchschnitt 1973–1975 sanken gegenüber 1970–1972 die Inlandsinvestitionen der BRD-Stahlindustrie um 18 Prozent, die Auslandsinvestitionen stiegen um 272 Prozent (Ifo-Schnelldienst 5/77, S. 10).

Der andere Teil der Strategie wurde Mitte November auf dem Eisenhüttenkongress in Düsseldorf verdeutlicht: Abbau von Kapazitäten, Stilllegung ganzer Stahlwerke in Westeuropa. Schon in den vorangegangenen Jahren war eine Verlagerung der Investitionsschwerpunkte an die Meeresküsten zu beobachten gewesen. Bedroht ist insbesondere die Region Saarland/Lothringen/Luxemburg. Im Ruhrgebiet will Thyssen die Rohstahlbasis in Witten einschränken, Mannesmann das Werk Reisholz reduzieren, Peine-Salzgitter plant die Stilllegung des Hochofens Ilse, für die Metallhütte Lübeck besteht Schließungsgefahr. Altein im Saarland sollen zu 7500 seit 1974 vernichteten Arbeitsplätzen 5200 weitere kommen; andere Prognosen sprechen von 8000 bis 10 000. Durch den Aufkauf der Saarlöhne durch den luxemburgischen ARBED-Konzern sind wesentliche Voraussetzungen hierfür geschaffen worden (vgl. Lenhardt/Weiß, Stahlkrise an der Saar, Soziale Bewegungen [IMSF], Frankfurt 1978).

Mittelfristig dürfte durch Konzentration und Kartellabsprachen die Herausbildung weniger riesiger Monopolgruppen geplant sein, die die westeuropäische Stahlproduktion unter sich aufteilen. Die Investiti-

nen werden auf wenige Zentren mit besonders günstigen Standortbedingungen konzentriert, die übrigen Kapazitäten liquidiert. Eine Ausweitung der Kapazitäten ist für die nächsten Jahre nicht geplant.

#### Rohstahlkapazitäten in der BRD (Mill. t)

1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1980 <sup>1</sup>
57,9	57,0	58,8	60,4	62,9	65,8	66,9	68,7	69,0

<sup>1</sup> Prognose der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)  
(Quelle: ebenda)

Mit dieser Strategie sollen „unrentable“ Kapitale vernichtet und so die Verwertungsbedingungen für das Monopolkapital in der Stahlindustrie verbessert werden. Das Beispiel Saarland zeigt, daß diese Kapitalvernichtung im wesentlichen von den Regierungen bzw. der EG finanziert werden soll. Diese Politik, die die ökonomische Ruinierung ganzer Regionen in Kauf nimmt, bedient sich der Bürokratie der EG und der Montanunion, die durch umfangreiche Kartellbeschlüsse die Rahmenbedingungen für diese „Strukturbereinigung“ schaffen.

Eine Alternative wäre die Investition in stahlverbrauchende und weiterverarbeitende Industrien, die in der Nähe der „traditionellen“ Stahlregionen anzusiedeln wären, und die deren Output-Transportkosten nachteilig werden ließen. Aber das liefe dem Konzept des Vorsitzers des Vereins der Eisenhüttenleute, Dr. Klotzbach, zuwider, wonach „die Verantwortung für die Entscheidungen und das Schicksal des einzelnen Unternehmens... von keiner Behörde übernommen werden (können)“ (Süddeutsche Zeitung v. 13. 11. 1978).

### 1.5 Geld- und Kapitalmarkt

Im Verlauf des Jahres 1978 hat sich die verstärkte Expansionspolitik der öffentlichen Hand eindeutig auf den Geld- und Kapitalmarkt niedergeschlagen. Andererseits hat der langsame Wiederaufschwung der privaten Wirtschaft dazu geführt, daß sich die Unternehmen auf dem Kreditmarkt eher zurückhaltend verhielten.

Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, sind die öffentlichen Haushalte die tragende Kraft der Kreditexpansion. Die vermehrte Kreditnachfrage der Unternehmen und Privaten beruht ausschließlich auf dem erhöhten Kreditbedarf der Privaten, die insbesondere für Wohnungsbauinvestitionen mehr Finanzmittel benötigen. Die Zurückhaltung der Unternehmen ist um so besser zu verstehen, wenn man bedenkt, daß – laut einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank – die eigenen Finanzierungsmittel der Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft und ohne finanzielle Institutionen) im ersten Halbjahr 1978 96,9 Prozent der Bruttoinvestitionen im Vergleich zu 86,4 Prozent im selben Zeitraum 1977 ausmachten.

#### Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1977		1978		1977		1978	
	Dezember	September	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Veränderungen geg. Vorjahr in %	
Kredite an inländische Nichtbanken – Unternehmen und Private	1086,6	1165,3	9,5	9,4	10,2	11,7		
– Öffentliche Haushalte	247,9	275,6	11,3	11,8	14,1	18,1		
Netto-Auslandsforderungen	131,6	132,1	1,8	2,9	– 0,4	0,2		
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten <sup>1</sup> darunter: Spareinlagen und -briefe	626,7	692,0	6,4	7,7	7,6	10,1		
Geldvolumen (M <sub>3</sub> )	591,5	605,4	11,2	9,8	10,6	10,8		

<sup>1</sup> Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“  
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten hat sich im Verlauf des Jahres beträchtlich beschleunigt: Überproportional sind die Sparbriefe und die Termingelder mit Befristung von 4 Jahren und darüber der Unternehmen und Privatpersonen gestiegen.

Der Absatz von festverzinslichen Wertpapieren, der im ersten Quartal dieses Jahres einen ausgesprochenen Boom aufwies, hat sich in den folgenden Monaten stark verlangsamt infolge der veränderten Lage am sekundären Rentenmarkt. Hier war die Lage seit eineinhalb Jahren bis April sehr günstig, was sich in einer starken Zunahme der Börsenumsätze und der Rentenkurse widerspiegelte. Seit April hat sich die Lage gewandelt: Die Rentenkurse sind kontinuierlich bis August abgebrockelt, haben sich im September/Oktober vorübergehend erholt und sind im November wieder gefallen. Die Bundesbank, die seit Jahren auf dem Markt auf der Verkaufsseite antrat, mußte im zweiten und dritten Vierteljahr 1978 Obligationen im Wert von fast 4 Milliarden DM aus dem Markt nehmen, um die Kurse nicht stärker fallen zu lassen. Aufschlußreich für die Lage auf dem Kapitalmarkt ist auch die Tatsache, daß auf der Erwerbseite die inländischen Nichtbanken ihre Interventionen im zweiten und dritten Quartal eingeschränkt haben. Die schwache Verfassung des Rentenmarkts ist Ausdruck der Befürchtung, daß die Zinsen im nächsten Jahr in Erwartung einer neuen Beschleunigung des Preisanstiegs und einer Liquiditätsverknappung wieder steigen werden.

#### Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren<sup>1</sup>

Anleihen der öffentlichen Hand	Jahr	1977		1978	
		1. Hj.	3. Vj.	1. Hj.	3. Vj.
Kommunalobligationen	21 256	10 636	5 280	6 128	3 032
Sonstige Bankschuldverschreibungen	16 134	7 972	3 727	10 326	3 739
Industrieobligationen	12 803	5 172	3 235	9 158	4 311
Ausländische Rentenwerte	– 418	– 78	– 178	– 466	– 230
Absatz = Erwerb insgesamt	54 328	26 461	12 890	27 986	11 200
darunter: Kreditinstitute	32 278	12 242	8 658	11 552	6 573
Inländische Nichtbanken	22 088	15 498	3 927	14 259	2 783

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)  
<sup>1</sup> Millionen DM

#### Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite <sup>1</sup>	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse <sup>2</sup>
	in %		29. 12. 1972 = 100
1976			
1. Vj.	7,50	7,9	106,9
2. Vj.	7,20	7,8	104,1
3. Vj.	7,19	8,0	100,0
4. Vj.	7,20	7,5	95,1
1977			
1. Vj.	7,11	6,9	97,0
2. Vj.	6,91	6,2	101,8
3. Vj.	6,74	5,8	102,4
4. Vj.	6,62	5,7	104,5
1978			
1. Vj.	6,24	5,4	106,5
2. Vj.	6,11	5,4	105,3
3. Vj.	6,13	6,0	110,7

<sup>1</sup> Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM  
<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt  
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Die Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ zeigt, daß sich die Ausgabe von öffentlichen Rentenwerten (Anleihen und Kommunalobligationen, die von Kreditinstituten zur Finanzierung von Gemeindevorhaben emittiert werden) reduziert hat, obwohl die öffentliche Hand zusätzliche Finanzmittel benötigt, um ihre expansive Haushaltspolitik zu betreiben. Um die ungünstige Lage des Kapitalmarkts nicht noch mehr zu strapazieren, sind die Gebietskörperschaften verstärkt zu einer Direktverschuldung bei den Kreditinstituten übergegangen, die 1978 im Vergleich zu 1977 merklich gestiegen ist.

Die seit langem andauernde Abwärtstendenz bei kurz- und langfristigen Zinssätzen ist zum Stillstand gekommen: Die Zinsen für Kontokorrentkredite und für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke haben im Sommer wieder angefangen zu steigen; die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand tendieren seit Mai wieder nach oben. Laut einigen Prognosen über die Entwicklung des Kapitalmarkts in 1979 sollen die Zinsen auch im nächsten Jahr ansteigen und bis zum Jahresende auf ein Niveau von etwa 8 Prozent klettern.

Auf dem Aktienmarkt haben die Kurse von Ende 1977 bis Mitte November dieses Jahres um 8 Prozent angezogen. Die bürgerliche Presse neigt dazu, diesen positiven Grundton der Börse als ein Symptom der verbesserten Aussichten der Wirtschaftsentwicklung zu bewerten, aber sie ist nicht imstande zu erklären, warum auf internationaler Ebene 1978 gerade die französischen Aktien ein Renner waren. Tatsächlich sind in diesem Jahr die französischen Aktienkurse um die Hälfte gestiegen, obwohl in Frankreich die Perspektiven über Wachstum, Beschäftigung und Inflation sehr ungünstig sind.

### 1.6 Investitionen

Im Verlauf des Jahres 1978 ist es zu einer leichten Belebung der Investitionstätigkeit gekommen. Die Investitionsquote der Gesamtwirtschaft, d. h. der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt, stieg im 1. Hj. 1978 leicht auf 21,7 Prozent an, gegenüber 21,4 Prozent im 1. Halbjahr 1977. Diese Tendenz wird voraussichtlich anhalten, sich aber stärker auf die Bauinvestitionen, vor allem auf öffentliche Investitionen und den Wohnungsbau verlagern.

Für die Industrie wird 1978 – nach den Befragungen des Ifo-Instituts – eine reale Zunahme der Anlageinvestitionen um 7 Prozent erwartet, immerhin eine Belebung gegenüber der praktisch seit 1971 anhaltenden absolut rückläufigen Tendenz. Selbst wenn diese Schätzungen eintreffen sollten, würden die Investitionen der Industrie damit 1978 immer noch real um fast 20 Prozent niedriger liegen als 1970. Gleichzeitig dürfte die industrielle Produktion immerhin 16 Prozent höher sein als 1970.

Für 1979 ergibt sich nach der gleichen Ifo-Investitionsbefragung bereits wieder einer Verlangsamung. 1979 wird mit einem realen Investitionsanstieg von 5 bis 6 Prozent gerechnet.

Schwerpunkt der industriellen Investitionstätigkeit ist und bleibt der Rationalisierungs- und Ersatzbedarf.

Gegenüber der Herbstbefragung 1977 nahm der Anteil der Erweiterungsinvestitionen zwar etwas zu, gegenüber der Frühjahrsbefragung 1978 lag er im Herbst 1978 jedoch wieder niedriger.

#### Zielsetzung der Investitionen der Industrie<sup>1</sup>

	Frühjahr 1977		Herbst 1977		Frühjahr 1978		Herbst 1978	
	Frühjahr	Herbst	Frühjahr	Herbst	Frühjahr	Herbst	Frühjahr	Herbst
Kapazitätserweiterung	26	15	25	17	25	17	25	17
Rationalisierung	39	49	39	51	39	51	39	51
Ersatzbeschaffung	35	36	36	36	36	36	36	36

<sup>1</sup> in % der Gesamtinvestitionen  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 30/78, S. 10)

Eine kräftige Belebung der Investitionstätigkeit, vor allem der Erweiterungsinvestitionen, ist auch deshalb nicht zu erwarten, weil der Auslastungsgrad der bestehenden Anlagen seit Mitte 1976 bei 80 bis 81 Prozent stagniert, mit geringen Schwankungen.

### Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie<sup>1</sup>

	Januar	April	Juli	Oktober
	1970	92,0	91,6	91,0
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1976	78,7	80,3	80,7	81,1
1977	81,9	80,5	80,2	80,8
1978	81,4	80,4	80,3	

<sup>1</sup> Ohne chemische Industrie und Nahrungs- und Genussmittelindustrie, in % der betriebsüblichen Vollausnutzung  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 7/1978, S. 2; Wirtschaftskonjunktur 10/78)

Im übrigen wird auch auf längere Sicht mit nur geringen Zuwachsraten bei den Industrieinvestitionen gerechnet. So ergeben die Investitionstests des Ifo-Instituts, daß die Investitionsquote in der Industrie, d. h. das Verhältnis von Bruttoanlageinvestitionen zu Umsatz, im Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1982 bei nur 4,1 Prozent liegen soll. Das ist noch weniger als 1977 (4,2 Prozent). Im Jahre 1970, dem Investitionshöhepunkt, erreichte sie sogar 6,9 Prozent.

### 1.7 Außenhandel

Die Situation der kapitalistischen Weltwirtschaft hat sich in den letzten Monaten nur wenig verschoben. In den meisten westeuropäischen Ländern ist eine zögernde, immer wieder von Rückschlägen in einzelnen Ländern (wie z. B. in Frankreich) unterbrochene schwache Belebung zu verzeichnen, ebenso in Japan. Dagegen verlangsamt sich die Konjunktur in den USA, ohne daß bis jetzt von einem Ende des Produktionswachstums gesprochen werden könnte. Allerdings wird befürchtet, daß die von der amerikanischen Regierung getroffenen Maßnahmen zur Stützung des Dollars und zur Bekämpfung der Inflation die Herbeiführung einer Rezession beschleunigen.

Vor diesem Hintergrund wird mit einer leichten Belebung des Welthandels gerechnet. Dabei muß allerdings immer berücksichtigt werden, daß der rasch expandierende Handel zwischen den sozialistischen Ländern (Zunahme 1977: 14,5 Prozent) bei diesen Statistiken ausgeklammert wird.

Das Welthandelsvolumen, das noch 1976 um 11 Prozent anstieg, nahm 1977 nur noch um 4 Prozent zu. Für 1978 wird mit einer Zunahme um 5 bis 6 Prozent gerechnet. Von Bedeutung für die Absatzmöglichkeiten der Industrieländer kann dabei die Tatsache werden, daß sich der Überschuß der Erdölländer unter dem Druck der Dollarkrise stark vermindert hat. Außerdem – darauf weist das Sekretariat des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt), eine supranationale Organisation der kapitalistischen Industrieländer, hin – nimmt die Zahl und der Umfang der internationalen Handelsbeschränkungen zu, vor allem im Textil- und Bekleidungssektor und in der Stahlindustrie.

Die Bundesrepublik hat in diesem Umfeld trotz der Aufwertung der DM gegenüber den meisten anderen Währungen ihre Außenhandelsposition eher noch etwas stabilisiert. Die Bundesrepublik ist – gerechnet in Dollar – inzwischen fast gleichauf mit den USA der zweitgrößte Exporteur der Welt.

#### Welthandel im 1. Halbjahr 1978<sup>1</sup>

	Welt-Ausfuhr		Welt-Einfuhr	
	Mrd. \$	% <sup>2</sup>	Mrd. \$	% <sup>2</sup>
USA	68,0	12,2	89,1	15,2
BRD	67,1	12,0	58,0	9,9
Japan	46,2	8,3	37,7	6,4
Frankreich	38,6	6,9	40,2	6,9
Großbritannien	34,4	6,2	38,3	6,5

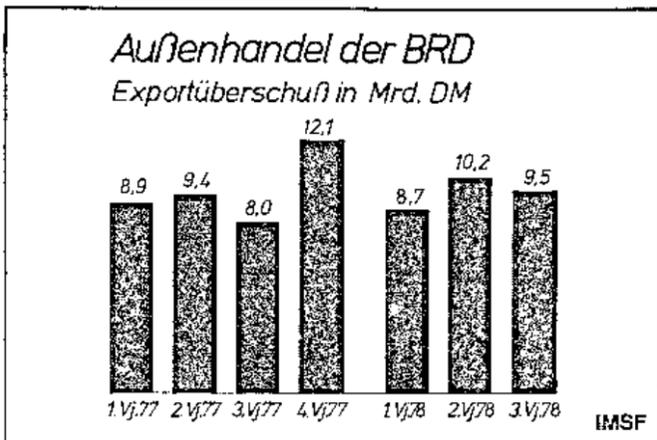
<sup>1</sup> In Dollar, ohne sozialistische Länder, Ausfuhrwerte fob, Einfuhrwerte cif  
<sup>2</sup> Anteile in %  
(Quelle: Internationaler Währungsfonds, lt. Frankfurter Allgemeine v. 26. 10. 78)

Sie konnte real ihre Exporte im 1. Halbjahr 1978 um 4,3 Prozent erhöhen, die Importe stiegen um 6 Prozent. Trotzdem ist der Handelsbilanzüberschuß gewachsen. Denn während die Exportpreise – gerechnet in DM – noch langsam steigen, sind die Importpreise rückläufig.

**Außenhandel der BRD**

	Exporte in Mrd. DM		Importe in Mrd. DM		Saldo in Mrd. DM	
	in	% <sup>1</sup>	in	%	in	%
1977	273,5	+6,6	235,1	+5,8	+38,4	+11,3
1978						
1. Vj.	67,3	+1,1	58,6	+1,5	+ 8,7	- 2,2
2. Vj.	72,0	+6,0	61,8	+5,6	+10,2	+ 8,5
3. Vj.	68,2	+4,4	58,6	+2,3	+ 9,5	+18,8

<sup>1</sup> in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)



Die Währungsverschiebungen der Vergangenheit haben den Konzernen der Bundesrepublik – das muß in Abgrenzung vom offiziellen Wehgeschrei bei jeder DM-Aufwertung betont werden – im großen und ganzen eher genutzt als geschadet.

Die Aufwertung der DM hat weder zu Absatz- noch zu Preiseinbußen geführt. Gleichzeitig aber wurden Importwaren für die Importeure absolut billiger. Für die Bundesrepublik haben sich die internationalen Austauschverhältnisse eindeutig verbessert, d. h. für eine bestimmte Menge an exportierten Gütern läßt sich gegenwärtig eine größere Menge an Produkten importieren. Die Kennziffer „Terms of Trade“ spiegelt dieses Verhältnis wider: sie steigt, wenn die Ausfuhrpreise rascher steigen als die Einfuhrpreise, u. u.

**Terms of Trade der BRD<sup>1</sup>**

Jahr	1970	1974	1975	1976	1977	1978 <sup>2</sup>
Index	100,0	95,4	102,4	100,9	106,0	103,5

<sup>1</sup> Durchschnittspreise der Einfuhr zu Durchschnittspreisen der Ausfuhr, Index 1970 = 100  
<sup>2</sup> Januar bis August  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/78, S. 604)

Schließlich profitieren die westdeutschen Konzerne noch auf eine andere Art von der DM-Aufwertung: diese erleichtert den Kauf von Firmen bzw. den Bau von Produktionsstätten im Ausland, d. h. den Kapitalexport in Form von Direktinvestitionen. Wie schon ausführlich dargestellt (vgl. Informationen... 3/78) verdoppelte sich ihr Umfang sprunghaft seit 1973. Im ersten Halbjahr 1978 erhöhten sich die Auslandsinvestitionen weiterhin leicht und lagen mit 2,72 Milliarden DM um etwa 150 Millionen über dem Vorjahresstand.

## 2. Unternehmerrgewinne und Konzentration

### 2.1 Unternehmerrgewinne

Die „Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ haben im ersten Halbjahr 1978 wieder kräftig zugenommen.

**Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen**

	Brutto Mrd. DM		Steuern Mrd. DM		Netto <sup>2</sup> Mrd. DM	
	in	% <sup>1</sup>	in	%	in	%
1974	211,8	+ 0,1	46,5	- 0,3	166,8	+ 0,3
1975	221,0	+ 4,4	44,5	- 4,4	181,2	+ 8,6
1976	254,7	+15,2	53,6	+20,5	208,8	+14,7
1977	263,6	+ 3,5	63,9	+19,3	211,2	+ 1,1
1978 <sup>3</sup>	124,4	+ 6,5	32,0	+ 3,3	99,0	+ 7,6

<sup>1</sup> in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Nettoeinkommen der privaten Unternehmer, ohne Staat  
<sup>3</sup> 1. Halbjahr  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/78, S. 551, eigene Berechnungen)

Da das Volkseinkommen sich in der gleichen Zeit nur um 6 Prozent erhöhte, stieg die „Gewinnquote“ wieder an. Seither scheint sich die Gewinnentwicklung weiter beschleunigt zu haben. Für das erste Halbjahr 1979 wird sogar ein regelrechter Gewinnboom erwartet, ähnlich wie 1976.

**Gewinnerwartungen 1978/79<sup>1</sup>**

	1. Hj. 78	2. Hj. 78	1. Hj. 79	2. Hj. 79
Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen	+6,5	+10	+13	+7
Nettoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen	+7,7	+13	+18	+9
Volkseinkommen	+6,0	+ 7,5	+ 9	+6,5

<sup>1</sup> in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: „Herbstgutachten“, Wirtschaftskonjunktur 10/78)

Es kann bei den laufenden und bevorstehenden Lohnverhandlungen also davon ausgegangen werden, daß sie in einer Phase rasch steigender Gewinne erfolgen, die zusätzlich durch Entlastungen von der Steuerseite her gestützt werden. Der Spielraum für kräftige Lohnerhöhungen, die möglicherweise sogar einen Teil der Anteilsverluste des Lohns aus den letzten Jahren ausgleichen könnten, ist also vorhanden.

Die Unternehmerrgewinne im engeren Sinne – die ja nur einen Teil der „Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ ausmachen – werden sich nach Schätzungen der Deutschen Gesellschaft für Anlageberatung (Degab) im Jahre 1978 um 8 bis 10 Prozent erhöhen. Da die steuerliche Belastung gegenwärtig bei den Unternehmerrgewinnen relativ sinkt, dürften die Nettogewinne noch rascher ansteigen.

### 2.2 Gewinne der Banken

Die großen Gewinner der Krise und der nachfolgenden stagnativen Wirtschaftsentwicklung waren und sind die Banken. Während ihre Zahl, besonders die der Privatbankiers, deutlich zurückgeht, steigen die Erträge rasch an.

**Betriebsergebnis der Banken<sup>1</sup>**

Jahr	Banken insgesamt		Sechs Großbanken	
	Mrd. DM	% <sup>2</sup>	Mrd. DM	%
1970	4 621	-	413	-
1971	4 800	+ 3,9	246	- 42,9
1972	6 215	+29,5	260	+ 5,7
1973	6 532	+ 5,1	165	- 36,5
1974	8 744	+33,9	931	+464,2
1975	11 219	+28,3	1 117	+ 20,2
1976	10 516	- 6,3	906	- 18,9
1977	11 900	+13,2	1 148	+ 25,6

<sup>1</sup> Inländische Banken  
<sup>2</sup> in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 10/78, S. 261.)

Das rasche Ansteigen ab 1972 hängt vor allem mit den steigenden Zinsen zusammen, wobei die heftigen Sprünge von Jahr zu Jahr auch durch die Bilanzierungspraxis zu erklären sind. Bemerkenswert ist aber, daß das Absinken des Zinsniveaus seit 1974 die Gewinnentwicklung nur wenig berührt hat. Vor allem die Ausweitung der öffentlichen Verschuldung hat die Einnahmen der Banken weiter gesteigert.

Zwischen 1970 und 1977, in einer Periode der Krisen und Depressionen, konnten die Banken ihre Erträge um 157,5 Prozent erhöhen, die Großbanken sogar, trotz größerer Ertragsschwankungen, um 178 Prozent.

Wie von der Deutschen Bank zu hören war, wird sich die Situation auch 1978 voraussichtlich weiter verbessern. Es ist anzunehmen, daß sich das in den letzten Monaten etwas erhöhte Zinsniveau weiter positiv auf die Bankengewinne auswirken wird.

### 2.3 Konzentration

„An die Stelle von Leistung treten nackte Erpressung und Brutalität“. Mit diesem Zitat eines führenden Industrie-Managers beschreibt die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) die Wettbewerbssituation im Einzelhandel. In einem „Schwarzbuch“ beschreibt die HDE eine Vielzahl von Praktiken, die zur Vernichtung vieler selbständiger Existenzen durch große Unternehmen sowohl des Handels als auch der Industrie geführt haben. So wird von Verbrauchermarkt-Ketten von den oft mittelständischen Zulieferern als Gegenleistung für die Aufnahme eines Produkts in das Sortiment der Kette verlangt: ein Werbekostenzuschuß, Stellung der Verkaufsregale und kostenlose Regalpflege, ein zusätzlicher Nachlaß, der 10 Prozent höher sein muß als der anderen Abnehmern gewährte Nachlaß, ein Nachlaß auch auf Sonderangebote. Im Ergebnis liegt der Einkaufspreis der Kaufhäuser und Ketten wesentlich niedriger als der des mittelständischen Handels.

Die monopolistischen Praktiken der großen Unternehmen gegenüber dem mittelständischen Einzelhandel haben besonders in den letzten Jahren zu einem raschen Rückgang der Unternehmenszahlen geführt. So existierten 1962 noch 319 000 Unternehmen. Ihre Zahl sank bis 1972 auf 297 000. Aber allein in den 4 Jahren bis 1976 sank sie weiter um 20 000 auf 277 000.

Dabei hat diese Entwicklung nicht nur die verbrauchernehe Versorgung vor allem auf dem Land gefährdet, sie hat auch eine große Zahl von Arbeitsplätzen gekostet.

Gesamtwirtschaftlich geht die Zahl der Insolvenzen zwar etwas zurück, liegt aber immer noch weit über dem Stand vor Ausbruch der Krise. In den ersten 8 Monaten von 1978 wurden 5916 Insolvenzen registriert, knapp 9 Prozent weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Das kann jedoch kaum als Indikator für eine wirtschaftliche Besserung angesehen werden. Denn seit 1973 sind etwa 50 000 Unternehmen auf dem Konkursweg aus dem Markt ausgeschieden, d. h. ein großer Teil der ertragsschwächeren Betriebe dürfte schon der Konkurrenz der Großen erlegen sein.

### 2.4 Vermögensverteilung

Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik gehört zu den noch weitgehend „weißen“ Flecken der Statistik. Daher muß die Vorlage einer neueren Untersuchung, die sich auf die relativ aktuellen Zahlen von 1973 stützt, auf Interesse stoßen. (Mierheim/Wicke, „Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik, Tübingen 1978“) Allerdings bedienen sich die Autoren einer völlig anderen Systematik als die Professoren Krelle und Siebke, die anhand der Zahlen von 1960 zu dem Ergebnis kamen, daß 1,7 Prozent der Bevölkerung über 74 Prozent des Produktivvermögens verfügen. Vergleiche mit dieser Zahl sind also nicht möglich. Schon der Vermögensbegriff ist sehr weit: als Vermögen gelten sowohl Produktionsgüter als auch Häuser, Wertpapiere, Lebensversicherungen und Sparguthaben. Die Autoren gliedern alle Haushalte der Bundesrepublik nach Maßgabe ihres Vermögens in Gruppen zu jeweils zwanzig Prozent der Gesamtzahl und vergleichen die auf diese jeweils zahlenmäßig gleichen Gruppen entfallenden Vermögensanteile.

**Vermögensverteilung**

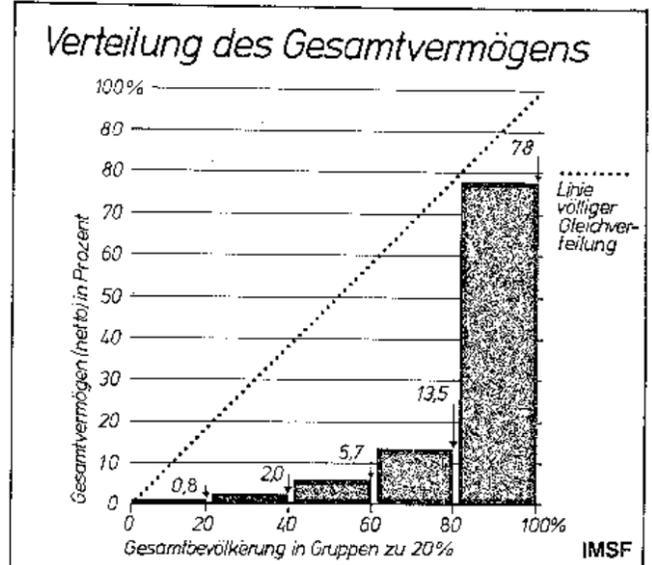
	Anteil an der Bevölkerung in %	Anteil am Vermögen in %
Ärmste Gruppe	20	0,8
2. Gruppe	20	2,0
3. Gruppe	20	5,7
4. Gruppe	20	13,5
Reichste Gruppe	20	78,0

(Quelle: Mierheim/Wicke, „Die personelle Vermögensverteilung...“ S. 58)

Das „oberste“ Fünftel der Bevölkerung verfügt also etwa über 4 Fünftel des Gesamtvermögens. Selbst bei den Sparguthaben, der am breitesten gestreuten „Vermögensart“ (im Grunde bei der Masse der Bevölkerung nur aufgeschobener Konsum), verfügt die „oberste“ Gruppe mit 41 Prozent über mehr als die drei untersten Gruppen (35,5 Prozent) zusammen.

- Das reichste Fünftel der Bevölkerung verfügt über
- 86 Prozent des Produktivvermögens (einschließlich Aktien)
  - 80 Prozent des Haus- und Grundbesitzes
  - 68 Prozent der Lebensversicherungen
  - 81,5 Prozent der Wertpapiere

Die vielen „Vermögensbildungsmaßnahmen“ haben offensichtlich nicht viel gefruchtet. Ein Beleg dafür lieferte auch eine Veranstaltung der „Hermann-Lindrath-Gesellschaft“ anlässlich des 20jährigen Jubiläums der „Volksaktie“. Damals hatten 3,7 Millionen Bürger der BRD mit „Sozialrabatt“ Aktien der „Preussag“, der „Vebe“ und des Volkswagenwerks gekauft. Nach 20 Jahren sind noch 1,6 Millionen „Volksaktionäre“ übriggeblieben, die Masse der Aktien dürfte in den Depots derjenigen gelandet sein, die vom Vermögen leben können. (Frankfurter Allgemeine v. 19. 10. 78)



Betrachtet man die sozialen Gruppen, so zeigt sich, daß die lohnabhängige Bevölkerung praktisch über keine Produktivvermögen (einschließlich Wertpapiere) verfügt.

**Produktivvermögen nach Haushaltsklassen<sup>1</sup>**

	Zahl der Haushalte in Mill.	Produktivvermögen in DM	Wertpapiervermögen in DM
Arbeiter	6,07	358	728
Angestellte	4,33	2 630	3 979
Beamte	1,36	487	2 778
Nicht-erwerbstätige	7,60	1 251	2 880
Landwirte	0,62	11 111	1 557
Selbständige	1,57	139 997	42 254
Alle Haushalte	21,54	11 606	5 314

<sup>1</sup> Durchschnittsvermögen je Haushalt  
(Quelle: ebenda, S. 196f.)

Dabei ist anzumerken, daß besonders die Gruppen der Angestellten und der Nichterwerbstätigen ganz verschiedene soziale Schichten umfassen. So dürfte das relativ hohe Wertpapiervermögen dort damit zusammenhängen, daß die als „Angestellte“ geführten Spitzen des Managements meist auch Aktien des von ihnen geführten Unternehmens besitzen. Bei den „Nichterwerbstätigen“ wird der Sozialrentner mit dem Unternehmer, der sich zur Ruhe gesetzt hat, in einer Gruppe zusammengefaßt.

### 3. Lage der Arbeiterklasse

#### 3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der tariflichen Einkommen hat sich in den letzten Monaten weiter verlangsamt.

##### Tariflohn- und -Gehaltsniveau<sup>1</sup>

1973	1974	1975	1976	1977	1. Vj. 78	2. Vj. 78	3. Vj. 78
+10,3	+12,5	+8,5	+5,9	+6,8	+5,9	+5,6	+5,5

<sup>1</sup> Auf Monatsbasis, in % gegenüber Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/78, S. 69\*)

Diese Verlangsamung hat sich aus zwei Gründen nicht auf die Entwicklung der Reallöhne ausgewirkt: Einmal hat die Belastung durch Lohnsteuer und Sozialabgaben, bezogen auf den Lohn, infolge der steuerlichen Entlastungsmaßnahmen nicht mehr zugenommen. Außerdem hat sich der Preisanstieg stärker als erwartet verlangsamt, so daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. 1. 1978 noch nicht unmittelbar auf die Kaufkraft der Löhne und Gehälter durchschlug. Allerdings ist die vergleichsweise günstige Entwicklung der Verbraucherpreise Folge eines Sonderfaktors, der mit der Entwertung des Dollars und den demzufolge sinkenden DM-Preisen der Rohstoffe zusammenhängt.

##### Löhne und Gehälter im 1. Halbjahr 1978

	In Mrd. DM	in % gegenüber Vorjahr
Brutto	275,3	+5,3
Abzüge	77,6	+3,5
darunter:		
Lohnsteuer	39,8	+0,3
Sozialversicherung	37,8	+7,2
Netto	197,7	+6,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/78, S. 549)

Der relative, auf die Lohnsumme bezogene Entlastungseffekt der Lohnsteuererleichterung wurde zu einem großen Teil durch die steigenden Sozialabgaben wieder zunichte gemacht. Es zeigt sich, daß Steuererleichterungen auch dadurch finanziert werden, daß zusätzliche Lasten auf die Sozialversicherungen verlagert werden, die nun die Beiträge erhöhen.

In der Presse erregte in den letzten Monaten eine Berechnung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WSI) Aufsehen, nach dem die Reallöhne im ersten Halbjahr um 4,3 Prozent gestiegen sind, eine in der Tat ansehnliche Rate, die auch über die Produktivität hinausgeht. Vor allem die Unternehmerpresse benutzte diese Zahl in ihrer Agitation gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen. Sie wurde auf der Grundlage von vorläufigen Daten berechnet, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinen vierteljährlichen Berichten über die Entwicklung des Sozialprodukts veröffentlicht. Diese Zahlen haben sowohl die Entwicklung der Bruttolöhne als auch die Auswirkungen der Steuererleichterungen auf die Entwicklung der Nettolöhne weit überschätzt. Sie gingen von einer Zunahme der Bruttolöhne um 5,8 Prozent (tatsächlich nur 5,3 Prozent) und der Nettolöhne um 7,1 Prozent (tatsächlich 6,0 Prozent) aus. Die DIW-Schätzungen vom August dieses Jahres und die des Statistischen Bundesamtes vom September (Veröffentlichungszeitpunkte) klaffen hier geradezu unerklärlich weit auseinander.

##### Reallöhne im 1. Halbjahr 1978

	In % gegenüber dem Vorjahr
Nettolohnsumme je Beschäftigten	+5,7
Inflation <sup>1</sup>	+2,9
Reallöhne	+2,8
Arbeitsproduktivität <sup>2</sup>	+3,2

<sup>1</sup> Lebenshaltung aller Haushalte  
<sup>2</sup> Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/78, S. 542 ff.; Herbstgutachten; eigene Berechnungen)

Nach den inzwischen vorliegenden Daten sind die Reallöhne zwar deutlich rascher angestiegen als im Vorjahr (+ 1,8 Prozent), insofern sind auch die harten Lohnkämpfe des Frühjahrs, die umfangreichsten seit mehreren Jahren, doch nicht ohne positive Auswirkungen auf die Kaufkraft der Löhne geblieben.

Allerdings ist es nicht gelungen, einen Teil des Verteilungsrückstands der Krise aufzuholen. Die Arbeitsproduktivität ist erneut etwas rascher angestiegen als die Reallöhne, so daß sich die Verteilungsposition der Arbeiter und Angestellten wieder leicht verschlechterte. Dieser Prozeß soll sich allerdings nach dem Willen der Unternehmer und den Projektionen der Wirtschaftspolitiker und Forschungsinstitute im laufenden Halbjahr und 1979 beschleunigen.

#### 3.2 Preise

Die Preisentwicklung hat sich auch in den letzten Monaten wieder unerwartet günstig gestaltet. Dafür sind vor allem die erneuten Kursverluste des Dollar verantwortlich, die die Einkaufspreise der Rohstoffe weiter gesenkt haben. Auch die niedrigen landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, Folge einer überwiegend guten Ernte, spielen eine Rolle.

##### Lebenshaltungsindex<sup>1</sup>

	Veränderung in Prozent gegenüber dem Vormonat	gegenüber dem Vorjahr
1975	-	+6,0
1976	-	+4,5
1977	-	+3,9
1. Hj. 1978	-	+2,9
Juli	0,0	+2,6
August	-0,3	+2,4
September	-0,3	+2,2
Oktober	0,0	+2,1
November	+0,3	+2,3

<sup>1</sup> Alle Haushalte  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/78, S. 663)

Trotz dieser vergleichsweise niedrigen Preissteigerungsrate wird für die Zukunft mit einer Belebung der Inflation gerechnet. Das „Herbstgutachten“ erwartet im ersten Halbjahr 1979 Preiserhöhungen um durchschnittlich 3 Prozent, im zweiten Halbjahr sogar 4 Prozent.

Gründe dafür gibt es genug. So steigen international die Rohstoffpreise, in vielen kapitalistischen Ländern, vor allem in den USA, scheint die Inflation wieder zuzunehmen. Gleichzeitig stehen in der BRD eine Vielzahl von Preis- und Gebührenerhöhungen an. Die Bahn erhöht zum 1. Januar die Tarife im Personenverkehr, die Post verlangt höheres Porto.

Die Senkung der Telefongebühren dürfte diesen Effekt nicht ausgleichen. Rundfunk und Fernsehen werden zum 1. Januar ebenfalls teurer, die Kfz-Haftpflichtversicherungen werden sich um durchschnittlich 9 Prozent verteuern. Bei vielen Nahverkehrsunternehmen, so beim Frankfurter FVV, stehen Gebührenerhöhungen an.

Beim Gerangel um den „Kohlepfennig“ werden höhere Strompreise herauskommen, die vergrößerte Bevorratung bei den Mineralölunternehmen wird Benzin und Heizöl verteuern. In diesem Bereich stehen aber noch weitere Preiserhöhungen bevor, wobei den Mineralölunternehmen kein Argument zu dumm ist: ein vorübergehender Stopp bei der Talfahrt des Dollar, ja selbst die Streiks im Iran werden bemüht.

Schließlich steigen die Baupreise mit einem Jahrestempo von 6 Prozent, das Zinsniveau bewegt sich etwas nach oben – Faktoren, die mit einer zeitlichen Verzögerung bei den Mieten zu spüren sein werden. Schließlich gehört in den langen Katalog der – zum Teil staatlich verfügbaren – Preiserhöhungen auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1979, deren rechnerischer Effekt auf den Lebenshaltungsindex mit 0,7 Prozent geschätzt wird.

##### Ausgewählte Preisindizes<sup>1</sup>

	Industrie-preise	Landwirtschaftl. Erzeugerpreise	Einzelhandels-preise	Import-preise
1975	+4,7	+13,3	+5,4	-1,7
1976	+3,9	+11,9	+3,5	+6,7
1977	+2,6	- 4,4	+3,8	+1,5
1978	+1,0	-	-	-
1. Hj.	+1,0	- 4,9	+2,6	-6,3
Juli	+1,2	- 5,5	+2,4	-4,2
August	+1,2	- 7,6	+2,3	-4,4
Sept.	+1,3	- 6,4	+2,2	-4,3
Oktober	+1,4	-	+2,0	-

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, ifd.)

Eine erneute Aufwertung der DM würde den negativen Auswirkungen der bevorstehenden Preiswelle entgegenwirken. Doch selbst dann ist davon auszugehen, daß die niedrigen Preissteigerungsraten vom 2. Halbjahr 1978 eine Ausnahme bleiben werden.

#### 3.3 Kämpfe der Arbeiterklasse

In der letzten Folge der „Informationen“ wurde gezeigt, daß die Arbeitskämpfe im ersten Quartal 1978 seit 1971 den höchsten Stand erreicht hatten. Die Zuspitzung der sozialen Auseinandersetzungen drückt sich jedoch nicht nur in den Streiks und Aussperrungen in den Seehäfen, der Druck- und Metallindustrie aus, sondern auch in weiteren Tarifbereichen während der folgenden Monate.

Einige Tarifbereiche wurden im zweiten und dritten Quartal erstmals von Streiks oder Warnstreiks betroffen: so der Einzelhandel Baden-Württembergs, die Porzellanindustrie Oberpfalz/Oberfranken (seit 60 Jahren) und die Bauindustrie Westberlins (seit 22 Jahren).

Die Verschärfung der Tarifauseinandersetzungen ist auf eine Konfrontationsstrategie der Unternehmensverbände zurückzuführen, bei der vielfach die direkte Anleitung durch die BDA-Zentrale sichtbar wurde.

Im folgenden sollen die Bereiche, in denen der Tarifkonflikt zu einer Mobilisierung der Beschäftigten in Warnstreiks, Urabstimmungen bis zum mehrtägigen Arbeitskampf führte, untersucht werden.

##### Bundesbahn (175 000 Arbeiter und Angestellte):

Nachdem im übrigen öffentlichen Dienst Lohn- und Gehaltserhöhungen von 4,5 Prozent abgeschlossen waren, blieb der Bundesbahnvorstand bei einem Angebot von 3,7 Prozent, um die Gewerkschaft zur Akzeptierung von Zulagenkürzungen zu zwingen. Am Tag der ersten Schlichtung am 24. April kam es in Hamburg zu Warnstreiks. In der zweiten Schlichtung am 28. April wurde der Abschluß des öffentlichen Dienstes übernommen und vereinbart, über die strittige Zulagenfrage später weiter zu verhandeln.

##### Einzelhandel Baden-Württemberg (200 000 Beschäftigte):

Für die Beschäftigten des Einzelhandels hatte die HBV eine Gehaltserhöhung von einem Festbetrag zwischen 90 und 170 DM gefordert, um die unteren Gehaltsgruppen stärker anzuheben. Als die Unternehmer bei einem Angebot von 4,5 Prozent blieben, kam es im April in großen Kaufhäusern in Baden zu Warnstreiks, zuerst bei Schneider in Ettlingen/Karlsruhe, dann am 24. April bei Hertie, Kaufhof und Horten in mehreren Städten. Am 27. April wurde ein Festbetrag zwischen 60 und 120 DM vereinbart.

##### Feinkeramische Industrie Oberpfalz/Oberfranken (in Bayern 30 000 Beschäftigte):

Für die Beschäftigten der feinkeramischen Industrie Bayerns stellte die IG Chemie-Papier-Keramik die Forderung nach 7 Prozent Lohnerhöhung, Lohnstrukturverbesserungen und nach einem einheitlichen Entgeltssystem für Arbeiter und Angestellte. Die Löhne der Porzellanarbeiter in dem monostrukturierten Grenzlandgebiet lagen 10 bis 15 Prozent unter dem Durchschnittsverdienst eines bayrischen Industriearbeiters. Gegen das Unternehmerangebot von nur 5 Prozent fand am 19. Mai eine gewerkschaftliche Protestveranstaltung mit 3000 Teilnehmern statt. Zwischen dem 22. und 24. Mai kam es zu zahlreichen Warnstreiks in Selb, Marktredwitz und Weiden, an denen sich etwa 4000 Be-

schäftigte beteiligten. Dies waren die ersten Streiks seit 60 Jahren in diesem Tarifgebiet.

Als am 6. Juni die zweite Schlichtungsverhandlung scheiterte, rief die Gewerkschaft zum 13. Juni zur Urabstimmung in sechs Betrieben auf (u. a. Rosenthal, Hutschenreuther). Bei einer Beteiligung von 97 Prozent stimmten 93 Prozent für einen Arbeitskampf. Einen Tag später, am 14. Juni, stimmten die Unternehmer einer Lohnerhöhung von 5,5 Prozent und Lohnstrukturverbesserungen zu. Dieses Ergebnis erhielt in einer zweiten Urabstimmung 53,7 Prozent Ja-Stimmen; 45,8 Prozent Nein-Stimmen zeigten aber, daß ein Teil der Porzellanarbeiter weitergehende Kampfmaßnahmen unterstützte.

##### Bauindustrie (920 000 Arbeiter):

Nach langwierigen Verhandlungen über einen Bundesrahmentarifvertrag hatten die Unternehmer im Februar 1978 den Schlichtungsanspruch abgelehnt, der vor allem eine bessere Wegezeit- und Fahrkostenbezahlung vorsah. In der dann beginnenden Lohnarbeitsbewegung stellte die BSE eine Forderung von 7,7 Prozent und nach einem größeren Einstieg in das 13. Monateinkommen. Schon im letzten Jahr hatte der strukturelle Hintergrund in der Bauindustrie (Absinken der Löhne von der 7. auf die 20. Stelle der Lohnskala, Abwandern von Facharbeitern, Abnahme der Beschäftigtenzahl von 1972 bis 1977 um 400 000 auf jetzt 1,1 Millionen) eine Mobilisierung in der Tarifbewegung begünstigt. Am 11. April kam es in Bayern und Norddeutschland zu ersten Warnstreiks. Zwischen dem 12. und 14. April streikten über 133 000 Bauarbeiter. Vor dem zweiten Schlichtungstermin gab es am 9. Mai eine neue Warnstreikwelle mit 141 000 Teilnehmern. Unter dem Eindruck dieser Kampfbereitschaft stimmten die Unternehmer dem zweiten Schlichtungsanspruch zu. Dieser sah vor: 5,6 Prozent Lohnerhöhung, Erhöhung des tariflich gesicherten Anteils am 13. Monateinkommen und im Bereich des Rahmentarifvertrags (RTV) insbesondere die Erhöhung der Fahrkosten, Wegezeit- und Ausfallersatzung und der Erschwerniszulagen. Bei einer Mitgliederbefragung Anfang Juni stimmten 53 Prozent der Mitglieder dem Ergebnis zu.

##### Bauarbeiterstreik in Westberlin (31 000 Beschäftigte):

Die Westberliner Bauunternehmer weigerten sich, den am 1. Juli in der Bundesrepublik in Kraft getretenen Rahmentarifvertrag (RTV) zu übernehmen, insbesondere wegen der Bestimmungen über Auslösung, Fahrgeld und Wegezeitvergütung (§ 7), da angeblich in Westberlin durch die Stadtstruktur die Voraussetzungen fehlten.

Ende Juli sprachen sich in einer Urabstimmung 94,4 Prozent für einen Streik zur Durchsetzung des RTV aus. Am 2. August begann auf allen Westberliner Baustellen ein Vollstreik, an dem neben fast allen Organisierten (10 000) auch große Teile der Unorganisierten teilnahmen. Nach dem Einschalten des politischen Vermittlers, Bausenator Harry Ristock, konnten die Unternehmer nach fast zweiwöchigem Arbeitskampf zu einer generellen Übernahme des RTV gezwungen werden, auch wenn die Wegezeitvergütung niedriger als in der BRD blieb.

An diesem Kompromiß drückte sich eine starke Kritik in den 53 Prozent Nein-Stimmen (gegenüber 47 Prozent Ja-Stimmen) aus, die in der Urabstimmung am 15. August abgegeben wurden.

##### Brauereien in NRW (17 000 Beschäftigte):

Für ältere Beschäftigte der nordrhein-westfälischen Brauereien hatte die NGG eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 bzw. 32 Stunden ab 55 bzw. 60 Jahren gefordert, und zwar bei vollem Lohnausgleich.

Nachdem die Unternehmer jede Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit abgelehnt hatten, rief die Gewerkschaft zu einer Urabstimmung am 21./22. August auf, bei der sich 84,9 Prozent für einen Streik aussprachen. In den folgenden Tagen kam es zu mehreren Warnstreiks. Nach 16stündigen Schlichtungsverhandlungen wurde am 26. August folgende Einigung erzielt: eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit ab 56 Jahre schrittweise bis 1981 auf 36 Stunden, ab 58 Jahre schrittweise auf 34 Stunden und ab 60 Jahre unmittelbar auf 32 Stunden. Außerdem wurden Verbesserungen beim Urlaub und Urlaubsgeld vereinbart.

Als gegen diese Regelung Vertreter der Unternehmensverbände intervenierten, lehnten die Brauereiernehmer nachträglich den Vertrag ab. Demgegenüber stimmten am 4./5. September rund 80 Prozent der organisierten Brauereiarbeiter für eine Annahme. Am 6./7. Sep-

tember wurden erneut Verhandlungen aufgenommen, die statt der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung nur noch eine Verbesserung der Urlaubs- und Urlaubsgeldregelung brachten.

### 3.4 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigungssituation in der Bundesrepublik ist im wesentlichen unverändert geblieben.

#### Beschäftigung

	Erwerbstätige in 1000	Insgesamt % <sup>1</sup>	Abhängig Beschäftigte in 1000	% <sup>1</sup>
1975	25 266	-3,4	21 329	-3,5
1976	25 033	-0,9	21 233	-0,5
1977	24 970	-0,3	21 263	+0,1
1. Hj. 1978	24 902	0,0	21 227	+0,3

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/78, S. 542)

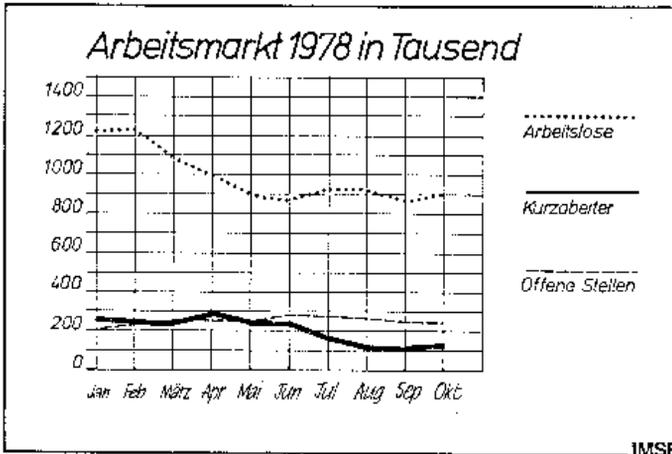
Obwohl das Bruttosozialprodukt 1978 real etwa 11 bis 12 Prozent höher sein wird als im Krisenjahr 1975, liegt die Erwerbstätigkeit noch um mehr als 1 Prozent niedriger. Der leichte Anstieg der Zahl der Lohnabhängigen im ersten Halbjahr 1978 wird dabei durch den Rückgang bei den Selbständigen und mitheifenden Familienangehörigen ausgeglichen.

Die Arbeitslosigkeit scheint sich, nach den registrierten Zahlen zu urteilen, leicht gesenkt zu haben.

#### Arbeitsmarkt 1978

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
1. Hj. 1978	1054	-23	249	-22	245	+ 8
Juli	922	-51	155	-55	272	+15
August	924	-40	125	+30	269	+14
Sept.	864	-47	109	-49	252	+15
Oktober	902	-52	127	-71	248	+28

(1) In 1000  
(2) In 1000 gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Diese Entwicklung überrascht, da das inländische Arbeitspotential infolge der zunehmenden Zahl von Jugendlichen im erwerbsfähigen Alter ansteigt. Bei stagnierender Beschäftigung und steigendem Arbeitsangebot wäre an sich zunehmende Arbeitslosigkeit zu erwarten. Es ist daher anzunehmen, daß die „stille Reserve“ von nicht registrierten Arbeitslosen, die die Bundesanstalt für Arbeit für 1978 mit 650 000 bis 700 000 vorausgeschätzt hatte, doch stärker gewachsen ist.

Es werden gegenwärtig immer mehr Bemühungen unternommen, um bestimmte Gruppen von Arbeitslosen ganz vom Arbeitsmarkt zu verdrängen. Das zeigt die schärfere Praxis bei der Verhängung von Sperzeiten – in den ersten 8 Monaten des Jahres wurden bei weniger gemeldeten Arbeitslosen 192 000 Sperzeiten verhängt, gut 12 000 mehr als im Vorjahr. Aber auch die durch den bereits erwähnten

„Runderlaß 230“ verschärfte „Zumutbarkeitsklausel“ bei Arbeitsvermittlungen trägt dazu bei, die Statistik zu „schönen“. Der im November vorgelegte Entwurf des Bundesarbeitsministeriums zur 5. Novelle Arbeitsförderungsgesetzes will Teilzeitarbeiter, die keine Kinder versorgen haben (also in der Regel Frauen), vom Leistungsbezug damit aus der Statistik ganz ausschließen.

## Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF 1/1978

#### Aus dem Inhalt

**Politische Ökonomie und Kapitalismustheorie**  
Heinz Jung, Die privatcharakteristische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD  
Christoph Butterwegge, Markt, Plan und Profit. Zur politischen Ökonomie der Investitionslenkung  
Wolfgang Dietrich Schmidt, Verfassung und Monopole – Aspekte zur antimonopolistischen Diskussion in Westdeutschland 1945–1947  
Jörg Goldberg, Die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der Bundesrepublik. Eine Darstellung und Kritik von empirischen Versuchen

**Probleme der Reproduktion der Arbeitskraft**  
Eberhard Dähne, Zur aktuellen Entwicklung der Verbraucherpreise und zum Preisindex der Lebenshaltung  
Klaus Priester, Entwicklungstendenzen der Arbeitsbedingungen und -belastungen in der Bundesrepublik  
Ingeborg Nöding, Frauenemanzipation und Wirtschaftskrise in der DDR

**Soziale Bewegungen, Probleme der Gewerkschaftstheorie und -praxis**  
Klaus Pickhaus, Krisenbedingungen und Arbeitskämpfe. Zur Entwicklung sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik 1975 bis 1978

**Probleme der Entwicklung gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse**  
J. H. v. Heiseler, Arbeiterbewußtsein und Krise  
Frank Gepp, Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD  
Klaus Priester, Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein. Bericht über ein Kolloquium des IMSF

**Marx-Engels-Forschung**  
Winfried Schwarz, Der Aufbauplan des „Kapital“, die Konkurrenzformen und die Kritiker der Monopalthese  
Wissenschaftsentwicklung in der BRD  
Kaspar Mabe, Zur Diskussion um marxistische Kulturtheorie  
Johanna Hund, Das „Institut für sozialwissenschaftliche Forschung“, München

**Ausländische Forschungseinrichtungen**  
S. L. Woronkow, Über die Tätigkeit des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR  
Anna Morre-Walter Micheli, Das „Institut für wirtschaftspolitische Studien“ der IKP (CESPP)  
IMSF – 1978: Publikationen, Konferenzen, Kollanquien

Band 1/1978, 374 Seiten, fester Einband, DM 24,-

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1**

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickhaus, 6000 Frankfurt am Main  
Die Abschnitte 1.1 und 1.5 wurden von Walter Micheli, Abschnitt 1.4 von Gerd Hautsch verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 17. 11. 1978 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Gleuburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main: für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 25,- DM (zuzügl. 3,20 DM Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,75 DM, Jahresabonnement 7,- DM (zusätzlich 1,20 DM Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Nuss.